



24/SVV/0451

Anfrage
öffentlich

Unterstützung der Zentralen Ausländerbehörde des Landes Brandenburg durch die Landeshauptstadt Potsdam beim Aufspüren ausreisepflichtiger Ausländer

<i>Einreicher:</i> Stadtverordneter, Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD	<i>Datum</i> 04.04.2024	
<i>geplanter Sitzungstermin</i> 10.04.2024	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> zur Kenntnis

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Wie den Medien entnommen werden konnte (MAZ, 3.4.2024), wird die Landeshauptstadt Potsdam die Zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg nicht beim Aufspüren ausreisepflichtiger Ausländer unterstützen, um im Gegenzug stärkere Unterstützung durch das Land zu erhalten bei Vorbereitung, Durchführung und Vollzug von Abschiebungen.

Angesichts wachsenden Unmuts in der Bevölkerung hinsichtlich der irregulären Migration wäre es ein wichtiges Zeichen, dass auch die Landeshauptstadt aktiv bei der Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer mitwirkt.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Warum soll die Zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg beim Aufspüren ausreisepflichtiger Ausländer nicht rechtsstaatskonform durch die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt werden?

Anlagen:

Keine